

Niemann, A. (2008)

‘Außenpolitikberatung und universitäre Ausbildung’

In: *WeltTrends*, No. 63, November/December, pp. 95-104.

This is the preliminary version of the article, which has been published in final form at

<http://www.welttrends.de/index.php/start/zeitschrift/>

Außenpolitikberatung und universitäre Ausbildung

Arne Niemann

Dr. Arne Niemann, geb. 1970, ist Universitätsdozent an der *Universiteit van Amsterdam*.

Dieser Beitrag¹ untersucht zwei Kernfragen: (1) Welche Kompetenzen sind für eine Tätigkeit als Politikberater erforderlich bzw. förderlich? (2) Inwiefern bereitet die universitäre Ausbildung auf eine Tätigkeit in der (Außen)Politikberatung vor bzw. inwieweit kann sie dies leisten? Zur Beantwortung dieser Fragen werden die Kompetenz-Anforderungen im Bereich wissenschaftlicher Außenpolitikberatung und das potenzielle Kompetenz-Angebot durch angebotene Studienprogramme untersucht, um schließlich beides vergleichend gegenüberzustellen. Die Ergebnisse basieren auf Befragungen von PolitikberaterInnen sowie den Leitern und Direktoren von Masterstudienprogrammen und Informationen zu exemplarisch ausgewählten Studiengängen in Deutschland.

Zwei wichtige Trends in der Entwicklung der Außenpolitikberatung rücken Fragen hinsichtlich des Anforderungsprofils an Politikberater und die Vorbereitung auf eine solche Tätigkeit durch die universitäre Ausbildung in den Vordergrund: zum einen die Diversifizierung der (Außen)Politikberatung und zum anderen deren Medialisierung.

Die Diversifizierung der Beratungsbranche ist einer der auffälligsten Trends der letzten Jahrzehnte.² Die wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland erlebte im Zuge der planungs-, und steuerungseuphorischen Politikphase der 1960er und frühen 1970er Jahre einen vorläufigen Höhepunkt. In diese Zeit fallen mit der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955 und der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) 1962 auch die Anfänge der wissenschaftlichen Beratung in außenpolitischen Fragen in der Bundesrepublik Deutschland. Inzwischen ist das (Außenpolitik-)Beratungsangebot in Deutschland vielfältig und auch das Spektrum der abgedeckten Themen fällt breit aus. Zwar ist der Markt immer noch weitgehend von einem etablierten System traditioneller Beratungseinrichtungen geprägt, an deren Spitze die SWP – inzwischen Europas größter außen- und sicherheitspolitischer Think Tank – steht. Andere alteingesessene Einrichtungen sind die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, das Institut für Europäische

¹ Für die Mitarbeit an einer Vorversion dieses Beitrages danke ich Andreas Günther und Stephan Petzold.

² Dieser Abschnitt basiert auf Böckenförde/Niemann 2005. Vgl. auch Segbers 2006.

Politik, die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit oder auch das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik. Dazu kommen Institutionen, die mehr oder weniger eng an Universitäten angebunden sind, wie das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg oder das Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen.

Darüber hinaus gibt es inzwischen eine Reihe neuerer Einrichtungen, die sich entweder frei finanzieren, wie z.B. das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit, oder jene die unmittelbar an große Geldgeber angebunden sind, wie das Centrum für angewandte Politikforschung. Hinzu kommen weitere Institute mit Spezialprofil, wie etwa das *Bonn International Center for Conversion*. Zu erwähnen sind auch die Forschungsinstitute der politischen Stiftungen, wie die Friedrich Ebert Stiftung, die Konrad Adenauer Stiftung und andere, die direkt in die Parteien hinein beratend wirken. Daneben besitzt die Politik selbst eigene Forschungseinrichtungen, deren Mitarbeiter beratend tätig werden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang z. B. der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages, die verschiedenen Planungsstäbe oder die Fraktionsarbeitsgruppen, deren Arbeit der Öffentlichkeit jedoch meist verborgen bleibt.

Der zweite angesprochene Trend in der jüngeren Vergangenheit ist die „Medialisierung“ der Politikberatung. Internationale Themen können zumeist nur dann auf den politischen Agenden platziert werden, wenn sie über relevante Medien transportiert werden. So haben sich auch Denkfabriken und wissenschaftliche Institute allmählich verstärkt in die Öffentlichkeit (und Medien) hineinbewegt (was allerdings auch mit dem erhöhten Rechtfertigungsdruck öffentlich geförderter Einrichtungen bei knappen Geldern zu tun hat). Damit treten sie nicht nur neben die Interessengruppen, die darauf angewiesen sind, ihre Anliegen im öffentlichen Diskurs zu etablieren, sondern auch neben die jüngeren „Ideenagenturen“, deren Geschäftsgrundlage und Angebot überhaupt darin besteht, durch öffentliches Auftreten bestimmte Agenden im öffentlichen Diskurs zu verankern. Für diese neuen Ideenagenturen mit ihren freiberuflichen Politikberatern ist der öffentliche Auftritt nicht nur zur Verbreitung ihrer Positionen inhaltlich bedeutsam, sondern auch als Einkommensquelle von besonderer Wichtigkeit. Medienpräsenz ist so nicht nur Mittel im Kampf um Diskurshoheit, sondern wird daneben für viele „Experten“, die ihr freiberufliches Dasein von Honoraren bestreiten, auch zum Ziel an sich. Die Selbstvermarktung tritt so neben das Fachwissen; der Experte spricht zwar zur Sache, aber auch für seine eigene Person bzw.

Einrichtung. Seine Empfehlungen folgen – zumindest zum Teil – eben auch Marketinggesetzen.³

Die Diversifizierung der (Außen)Politikberatung, deren Medialisierung und der steigende Bedarf von so genannten Experten in der Öffentlichkeit deuten darauf hin, dass Politikberatung im Allgemeinen einen größeren Stellenwert einnimmt und somit auch der Bedarf an entsprechend qualifizierten Absolventen zunehmen wird. In dieser Situation stellt sich die Frage, ob die Universitäten – die zur Reproduktion des für ihren eigenen Erhalt benötigten wissenschaftlichen Nachwuchses nur einen Bruchteil der derzeitigen Absolventen benötigten – ihre Studierenden angemessen darauf vorbereiten, möglicherweise nach dem Abschluss auch als wissenschaftlicher Mitarbeiter/Berater in einem traditionellen Think Tank oder als Politikberatungsunternehmer des neuen Typus arbeiten zu können.

Anforderungsprofil Außenpolitikberatung

Zur Ermittlung der in der Außenpolitikberatung erforderlichen Kompetenzen wurde eine Befragung unter 51 in der Außenpolitikberatung tätigen Wissenschaftlern durchgeführt.⁴ Zunächst wurden die Politikberater gefragt, eine Vielzahl von möglichen Kompetenzen danach zu bewerten, wie wichtig sie für eine Tätigkeit in der Außenpolitikberatung sind (siehe Tabelle 1). Die drei am höchsten bewerteten Kompetenzen sind Urteilsfähigkeit, Fachwissen sowie die Fähigkeit, das Wesentliche knapp zusammenzufassen. 98% aller Befragten messen diesen Kompetenzen eine sehr wichtige oder wichtige Bedeutung bei. Es folgen Kenntnis hinsichtlich der Akteure und die Erfahrung mit politischen Prozessen. Diese hohe Einmütigkeit der Befragten lässt sich schließlich auch daran ablesen, dass die Werte „eher unwichtig“ und „unwichtig“ für die ersten vier Kompetenzen (sowie für Fremdsprachenkenntnisse) überhaupt nicht genannt wurden.

Tabelle 1 - Für die Außenpolitikberatung wichtige Kompetenzen⁵

Kompetenz	Ø	1-2
Urteilsfähigkeit (A)	1,28	98%

³ Vgl. Neumann 2002.

⁴ MitarbeiterInnen folgender Institutionen haben an der Umfrage teilgenommen: Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Centrum für angewandte Politikforschung, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.

⁵ Skala: 1 (sehr wichtig) bis 5 (unwichtig). In der letzten Tabellenspalte werden die kumulativen Prozentzahlen angegeben für die Antworten 1 (sehr wichtig) und 2 (wichtig). Die Buchstaben in Klammern zeigen die Zuteilung zur Kompetenzgruppe an (W: Sachverstand und Erfahrung, A: analytische Fähigkeiten, K: kommunikative Fähigkeiten, O: Orientierung am Beratungsnehmer). Mehrfachnennungen waren möglich.

Fachwissen/Know-how zum zu beratenden Themengebiet (W)	1,34	98%
Fähigkeit, das Wesentliche knapp zusammenzufassen (A)	1,40	98%
Kenntnis hinsichtlich der relevanten Akteure (W)	1,54	92%
Erfahrung mit politischen Prozessen (W)	1,70	88%
Pflege bestehender bzw. Generierung neuer Kontakte (O)	1,74	84%
Fremdsprachenkenntnisse (K)	1,82	86%
Schnelles Filtern von Informationen (A)	1,84	82%
Kenntnis des Beratungsnehmers (O)	1,90	78%
Anpassung an die Sprache des Beratungskontexts (K)	2,02	72%
Allgemeine rhetorische Fähigkeiten (K)	2,18	68%
Effektive Recherchemethoden (A)	2,22	62%
Produktion kreativer, unkonventioneller Ideen (A)	2,44	50%
Orientierung am Beratungsnehmer (O)	2,48	52%
Beherrschen der Wissenschaftssprache (K)	3,37	22%

Kommunikative Kompetenzen als auch Orientierung am Beratungsnehmer werden größtenteils auch als wichtig angesehen, allerdings im Vergleich zu anderen Fähigkeiten nachrangig und auf niedrigerem Niveau. Ausnahmen sind etwas überraschend Fremdsprachenkenntnisse sowie die Pflege bestehender bzw. die Generierung neuer Kontakte. Zu vernachlässigen ist nach Ansicht der Befragten die Beherrschung der Wissenschaftssprache. Die hohe Bedeutung, die Kompetenzen im Bereich Sachverstand und Erfahrung beigemessen wird, schlägt sich auch in der Gewichtung der einzelnen Kompetenzgruppen nieder, wenn hier auch weniger offensichtlich. Hier werden Sachverstand und Erfahrung mit 33% leicht stärker gewichtet als analytische Fähigkeiten (28%). Unter dem Normalverteilungsanteil von 25% werden kommunikative Fähigkeiten (22%) sowie Orientierung am Beratungsnehmer (17%) angeführt.⁶

Befragt nach der Wichtigkeit einzelner Studienfächer zeigt sich unüberraschend eine relativ starke Wichtigkeit der Politikwissenschaft, gefolgt von Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaften und Geschichtswissenschaften. Unter ‚sonstige‘ wurden die Regionalwissenschaften vergleichsweise häufig genannt. Gleichzeitig fällt allerdings die starke Dominanz ausgebildeter Politikwissenschaftler unter den Befragten auf (67%)⁷, so dass

⁶ Mehrfachnennungen waren möglich.

⁷ Studienfächer der befragten im Einzelnen (Mehrfachnennungen möglich): Politikwissenschaft 67%, Wirtschaftswissenschaften 30%, Rechtswissenschaft 9%, Geschichtswissenschaft 9%, Regionalwissenschaften 9%, sonstige 17%.

diese Aussagen als problematisch zu bewerten sind, da Politikwissenschaftler ihr eigenes Fach erwartungsgemäß als wichtiger bewerten als andere Fächer.

Tabelle 2 - Wichtigkeit klassischer Studienfächer für Außenpolitikberatung⁸

Fach	Ø	1-2
Politikwissenschaft	1,69	86%
Wirtschaftswissenschaft	2,35	63%
Rechtswissenschaft	2,94	33%
Geschichtswissenschaft	3,16	31%

Auf die Frage, ob ein Universitätsstudium überhaupt auf eine Tätigkeit in der Außenpolitikberatung vorbereiten kann, oder ob die für eine solche Tätigkeit erforderlichen Kompetenzen nicht eher als *learning by doing* erworben werden, zeigen die Befragten eine mehr oder weniger ausgeglichene Beurteilung, welche das Lernen am Arbeitsplatz jedoch tendenziell stärker gewichtet (53%) als das Studium (47%). In der offenen Kategorie wurde von vielen hervorgehoben, dass im Studium vor allem Grund-, Fach- oder Faktenwissen vermittelt werden sollte und dass alles weitere zumeist in der Praxis zu erlernen sei.

Da die befragten Politikberater dem Studium dennoch eine wichtige Funktion zurechnen, sind die Merkmale eines Studiums, welches eben auch auf Außenpolitikberatung vorbereitet, interessant. Hier rangieren Interdisziplinarität sowie spezifische Regional- und Politikfeldkenntnisse als wichtigste Merkmale eines solchen Studiums vor Allgemeinbildung und Spezialwissen. Nach spezifischen und konkreten Wünschen an ein solches Studium befragt, wünschten sich eine Vielzahl vor allem mehr Praxisbezug in Form von integrierten Praktika (oder gar ganzer Praxissemester), verpflichtenden Auslandsaufenthalten, Einbindung von Akteuren aus der politischen Praxis (z.B. durch Gastvorträge oder Gastdozenten), Erstellung von Policy Papers, sowie Plan- und Rollenspielen. Einige Befragte wiesen jedoch auch darauf hin, dass die Hauptaufgabe eines Studiums die Ausbildung von Studierenden mit Fachwissen und Methodenkenntnissen sowie die Vermittlung analytischer und kommunikativer Fähigkeiten (so genannte *transferrable skills*) sei; die bisher in der Bundesrepublik existierenden Studienangebote würden dies bereits mehr oder weniger erfolgreich leisten. In den Worten eines Befragten drückt sich das so aus: „Theoriegeleitete Praxisorientierung, stets am Fallbeispiel und handlungsorientiert analysieren, aber auf der Grundlage von gut etablierte Theorien, keine substanzlose Gedankenspielerei.“ Vereinzelt

⁸ Skala: 1 (sehr wichtig) bis 5 (unwichtig).

erwähnt wurden hierbei auch Rhetorikkurse, Schreibwerkstätten sowie die Fremdsprachenausbildung.

Tabelle 3 - Merkmale eines für die Außenpolitikberatung qualifizierenden Studiums

Wichtige Merkmale eines Studiums	Ø	1-2
Interdisziplinarität	1,91	81%
Spezifische Regionalkenntnisse	1,96	71%
Spezifische Politikfeldkenntnisse	2,04	76%
Allgemeine Ausbildung	2,09	72%
Spezialwissen	2,43	51%

Schließlich ist auch interessant, inwieweit die Politikberater ihr eigenes Studium als eine Voraussetzung bzw. Vorbereitung für ihre eigene Tätigkeit in der Außenpolitikberatung sehen und welche Kompetenzen sie sich während ihres Studium insbesondere angeeignet haben. Die häufigsten Nennungen waren Analysekompetenzen (28 Nennungen) sowie Fach- oder Grundlagenwissen (26). Unter Analysekompetenzen zählen solche Angaben wie analytisches Denken, selbständiges Arbeiten, kritisches Denken. Demgegenüber waren kommunikative Kompetenzen (7), Methodenkenntnisse (4) sowie Praktika (4 Nennungen) bedeutend unwichtiger. Acht Berater gaben jedoch an, dass ihr Studium sie gar nicht oder nur unzureichend auf ihre Tätigkeit vorbereitet habe. Diese Aussagen über die Relevanz der eigenen Ausbildung reflektiert ansatzweise die Gewichtung der Kompetenzfelder (siehe oben), auch wenn der vergleichsweise größere Abstand zwischen Fachwissen und Analysekompetenzen einerseits und kommunikativen Kompetenzen andererseits auffällt.

Universitäre Ausbildung: Kompetenzangebot und -vermittlung

Zwei Kernelemente der Hochschulreformen in Rahmen des so genannten „Bologna-Prozesses“ sind die Einführung gestufter Studiengänge und die Errichtung von Hochschuldepartments, die in Eigenverantwortung ihre Studienangebote formulieren. Vor allem diese neue Selbständigkeit setzt die Universitäten – auf nationaler und internationaler Ebene – einer wachsenden Konkurrenz untereinander aus. Die Anforderung der Wettbewerbsfähigkeit, also der Nachfrage nach Studieninhalten und Studierformen mit einem entsprechenden Angebot nachzukommen, verändert ohne Zweifel die Studienlandschaft und vermutlich auch das bisherige Selbstverständnis der Universitäten. Offensichtlich nachfrageorientierte Entwicklungen und Reformen der Curricula sind hiernach als prompte

Reaktionen an den Universitäten beobachtbar, hängt doch unter den Bedingungen knapper öffentlicher Zuschusskassen zuweilen das Überleben von Instituten, Lehrstühlen und Forschungszentren zunehmend von der Attraktivität ihrer Studierangebote und der Geschäftstüchtigkeit der Akademiker ab.⁹

Veränderte Bedingungen schaffen auch Möglichkeiten. Ein augenscheinlicher Mehrbedarf an Politikberatung seitens der Politik(er) selber, aber auch in Wirtschaft, Kultur und anderen Bereichen zeugt von einem Beratungsbedarf dieser Teilsysteme, der sich aus der zunehmenden Komplexität und vielfältigen Interdependenzen in der Umwelt ergibt. Die Universität kann an der Stelle nahezu exklusiv eine Dienstleistung anbieten, die nicht nur auf spezielle Berufsausbildung und Kompetenzvermittlung angelegt ist, sondern auch die wissenschaftliche Basis, und Grundwissen zu Verfügung stellt. Die Universitäten verschlossen sich bisher zwar nicht völlig dem Thema Politikberatung, aber weder Studenten noch Professoren der relevant erscheinenden Studienfächer sahen die Politikberatung als vordergründiges Ziel der Berufswahl bzw. Lehr- und Forschungstätigkeit an. Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft oder auch Wirtschaftswissenschaft vermitteln aber augenscheinlich Sachverständigkeiten und Fähigkeiten, die im Bereich der Politikberatung besonders nachgefragt werden.¹⁰

Welche Art von (Aufbau)Studium bereitet Absolventen gut auf die Anforderungen von Instituten, Think Tanks und anderen Politik beratenden Arbeitgebern vor? Diese Frage richtet den Blick auf ein überaus heterogenes, sich stetig ausdifferenzierendes Ausbildungsangebot. Beschränkt allein auf die Offerten der Masterprogramme an bundesdeutschen Universitäten hat der Student bzw. ‚Politikberater in spe‘ – je nach Schwerpunktsetzung seiner Interessen und Zielvorgaben – die sprichwörtliche Qual der Wahl¹¹.

Diese Untersuchung befragte Studiengangsanbieter – in der Regel die Leiter und Direktoren von Magisterprogrammen – zunächst nach ihrer jeweiligen, subjektiven Gewichtung im Rahmen der angebotenen Kompetenzvermittlung.¹² Grundlegend wurde dabei folgenden Fragen nachgegangen: Wie wird das Verhältnis der Vermittlung von „soft skills“ und „hard skills“ gewichtet? Mit anderen Worten: Welchen Stellenwert in der Vermittlungsabsicht nehmen Sachverstand, (Praxis)Erfahrung und analytische Fähigkeiten (hard skills) sowie Sozialkompetenz und kommunikative/sprachliche Fähigkeiten (soft skills)

⁹ Vgl. Kerst *et al.* 2005.

¹⁰ Vgl. Klewes 2006.

¹¹ Vgl. Hochschulkompass (2007).

¹² Aufgrund der zugesicherten Anonymisierung der Daten wird auf eine namentliche Nennung von Personen oder Studiengängen verzichtet (siehe aber die Übersicht: vgl. Fußnote 14). Darüber hinaus sei angemerkt, dass dieses Vorhaben weder den Charakter eines Studienführers annehmen noch detaillierten Bezug auf einzelne Masterprogramme nehmen soll.

im Rahmen der befragten Studiengänge ein? Dabei wurde der begründeten Annahme gefolgt, wie die zeitlich vorgelagerte Analyse aus dem vorherigen Abschnitt zeigt, dass vor allem die Kenntnisse und Kompetenzen der Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft und Geschichtswissenschaft für die (Außen)Politikberatung vorteilig sind.¹³ In unterschiedlicher Gewichtung und Kombination finden sich diese Fachrichtungen in den von uns untersuchten Masterprogrammen wieder.¹⁴

Dem aus der Erhebung entnommenen Selbstverständnis der universitären „Ausbilder“ – wie die Universitäten hier idealtypisch verstanden werden können – folgend, legen alle untersuchten Masterprogramme besonderen Wert auf die Vermittlung eines breiten Fachwissens. Spezifische Kenntnisse mit Blick etwa auf Politik- und Problemfelder oder auch Regionen bewerten die Befragten eher als nachrangig bis unwichtig. Ebenfalls der Vermittlung von breitem Fachwissen nachgeordnet, wird der Förderung des politischen Erfahrungshaushalts – augenscheinlich eine der wichtigsten Kompetenzanforderungen an Politikberater – von Seiten der Ausbilder überraschend teils sogar als „eher unwichtig“ eingeschätzt. Dagegen beurteilen ausnahmslos alle Befragten den Bereich der erlernbaren softs skills als gewichtigen Bestandteil ihres Ausbildungsangebotes. Es fällt auf, dass auch in diesem Bereich eher die Breite der Kompetenzvermittlung attraktiv erscheint als die am Detail orientierte Vermittlung. Dieses Muster der Kompetenzvermittlung – eher weiter Fokus als tiefer Einblick – stellt einen beobachtbaren Trend der Untersuchung dar.

Im Bereich der hard skills, speziell hinsichtlich der von uns erfragten analytischen Fähigkeiten ist es die Urteilsfähigkeit, die am meisten gefördert werden soll, gefolgt von der Recherchefähigkeit. Weniger wichtig wird die Fähigkeit zur Produktion kreativer und unkonventioneller Ideen bewertet. Offensichtlich bleiben die untersuchten Studienangebote dem traditionellen Wissenschafts- und Lehrbetrieb, also dem akademischen Kernbereich der hard skills recht eng verbunden. Die Absolventen sollen in erster Linie dazu befähigt werden, aufgrund einer nachvollziehbaren und differenzierten Informationsbasis zu gesicherten Ergebnissen zu kommen.

Ebenfalls überwiegend herkömmlich sind die didaktischen Mittel, die zur Kompetenzvermittlung im Bereich der analytischen Fähigkeiten zur Anwendung kommen. Hausarbeiten, Referate und Seminardiskussionen stehen noch immer im Vordergrund. Lediglich vereinzelt werden zusätzliche Methoden-Seminare angeboten, um gezielter einzelne

¹³ Dieser fachlichen Schwerpunktsetzung folgen im Großen und Ganzen auch Schattenberg und Steuber 2006, 550ff.

¹⁴ Folgende Programme wurden im Zuge der Recherche untersucht: hier einen Weblink einsetzen, unter dem die Programme zu finden sind (siehe separate, mitgelieferte Datei).

Fähigkeiten zu generieren und trainieren. Für alle untersuchten Studiengänge gilt nach wie vor die Vorlesung als dominante Lehrveranstaltung zur Vermittlung von Fachwissen. In Seminaren werden verstärkt, über die Vermittlung von Fachwissen und analytischen Fähigkeiten hinaus, kommunikative Fähigkeiten geschult. Gruppenarbeit scheint hierzu das führende didaktische Konzept. Keinesfalls neu, jedoch in der Ausgestaltung zunehmend variabel, erscheint Gruppenarbeit auf Zeit- und Ressourcenmanagement im Team zweckdienlich. In Kombination mit dem Gebrauch von Fremdsprachen sollen Verhandlungssituationen, interkulturelle und interdisziplinäre Kommunikationsprozesse simuliert werden. Hierbei sollen soft- und hard skills in verknüpfter Form vermittelt werden. Vor allem die gemeinsame, einheitliche Bewertung aller Gruppenmitglieder beabsichtigt ein hohes Simulationspotential und Realitätsnähe zur späteren Arbeitswelt, in der regelmäßig das Ergebnis der Gruppe eine Bewertung durch den Arbeit- oder Auftraggeber findet und weniger die jeweilige Anteilleistung des Einzelnen eine Beurteilung erfährt.

Damit lehnen sich die Studienangebote (mehr oder weniger explizit) an die Bedingungen der Arbeitswelt an. Arbeitswelt definiert sich hierbei idealtypisch nach den Anforderungen potentieller Arbeitgeber. Mit dieser Definition ist offenkundig auch eine Bedingung für das Ausbildungsmuster – eher Breite denn Tiefe – gegeben: Das mögliche Berufsfeld wird von allen befragten Ausbildern als sehr weit reichend und unspezifisch beschrieben. Dem folgend können nahezu alle Führungspositionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft und verstärkt auch in Internationalen Organisationen als mögliche Tätigkeitsfelder gelten. Auch um den Absolventen eine solch – positiv formuliert – opulente Perspektive offen zu halten, muss das Bildungsangebot dem Gebot der Breite eher folgen als dem Gebot des Spezifikums. Insbesondere das Berufsfeld der (Außen)Politikberatung kennzeichnet gerade dieses breite Spektrum an Tätigkeits- und Aufgabemöglichkeiten. Dies bestätigt auch unsere diesbezügliche Erhebung. Folgerichtig erscheint eine breite fachliche wie analytische Kompetenzvermittlung an den Universitäten auch reibungslos verträglich mit der eher unspezifischen Erwartungshaltung der praktizierenden Politikberatung.

An dieser Stelle kann festgehalten werden, dass das Angebot an Masterprogrammen obgleich seiner Fülle und Differenzierung auch einheitliche Tendenzen aufweist: Die interdisziplinäre Anlage der Programme zielt auf die Zunahme des Fachwissens in der Breite ab. Kompetenzvermittlung in der Tiefe wird bewusst weniger gefördert. An die Stelle der Vermittlung von Spezialwissen tritt zunehmend die konzentriertere Vermittlung von soft skills. Die zumeist interdisziplinären Master-Programme setzen sich zu großen Teilen aus politikwissenschaftlichen und auch wirtschaftswissenschaftlichen Elementen zusammen,

während die Rechtswissenschaft das Angebot eher flankiert und die Geschichtswissenschaft einen eher unbedeutenden Anteil einnimmt. Dies entspricht in etwa auch der von befragten Beratern angenommenen Wichtigkeit relevanter Studienfächer für eine Tätigkeit in der Außenpolitikberatung (siehe Tabelle 2).

Fazit

Die vorangegangene Analyse ging der Frage nach, welche Kompetenzen für eine Tätigkeit in der Außen-)Politikberatung notwendig bzw. förderlich sind und inwiefern die Ausbildung im Studium auf eine solche Tätigkeit vorbereitet bzw. vorbereiten kann.

Durch die Befragung von Außenpolitikberatern ergab, dass insbesondere Sachverstand und Erfahrung sowie analytische Kompetenzen für die Außenpolitikberatung signifikant und relevant sind. Außerdem zeigte sich, dass die meisten Politikberater der universitären Ausbildung fast gleichviel Bedeutung beimessen wie dem Lernen am Arbeitsplatz. Dies ist auch insofern relevant, weil deutlich wird, dass ein Hochschulstudium durchaus auf eine Tätigkeit in der Politikberatung vorbereiten kann, wenn auch nur zu einem bestimmten Grad. Die Berater plädierten für einen stärkeren Praxisbezug im Studium in Form von integrierten (und verpflichtenden) Praktika und Auslandsaufenthalten, die Einbeziehung von Akteuren aus der politischen Praxis und innovativere Lernformen (wie die Erarbeitung von Policy Papers und die Durchführung von Planspielen).

Der Ver- bzw. Abgleich mit derzeitigen Studienangeboten zeigt ein ambivalentes Bild. So ist die Mehrzahl der Studiengänge bemüht, neue und innovative Studienangebote zu kreieren und den Anforderungen des Bolognaprozesses gerecht zu werden. Die traditionelle Aufgabe eines Hochschulstudiums, nämlich die Vermittlung von umfassendem, breitem Fachwissen, erfüllen die untersuchten Studiengänge. Hier lässt sich im Abgleich – plakativ formuliert – feststellen: Unspezifisch trifft unspezifisch. Die Absicht der breiten akademischen Kompetenzvermittlung trifft gerade im Berufsfeld Politikberatung auf breite Verwendungsmöglichkeit und Kompetenznachfrage.

Mit gewisser Zurückhaltung ist die gegenwärtige Schwerpunktsetzung auf übertragbare Schlüsselkompetenzen zu sehen. Zwar werben die meisten Studiengänge damit, dass sie zunehmend soft skills vermitteln. Jedoch stellt sich die Frage, wie diese Schlüsselkompetenzen mittels eher traditioneller Lernformen wie Vorlesungen, Hausarbeiten und Referate angemessen vermittelt werden sollen. Auch innovativere Lernformen, die zum Teil auch von den Politikberatern nachgefragt wurden, wie Policy Papers und Planspiele, scheinen selten Eingang in die Lehrpläne erhalten zu haben. Den Anspruch aus der

Politikberatung hinsichtlich mehr Praxisbezug scheinen die Universitäten erkannt zu haben und versuchen diesem in erster Linie durch Pflichtpraktika gerecht zu werden. Gleichwohl scheinen praxisnahe Studienelemente bisher eher halbherzig in die Studiengänge aufgenommen worden zu sein. Dies reflektiert womöglich in gewisser Weise die allgemeine Kritik daran, wie die gestuften Studiengänge an den Universitäten umgesetzt wurden, nämlich dass alte Lehr- und Lernformen schlicht umbenannt wurden, sich an den Inhalten und Formen selbst aber wenig geändert hat („Etikettenschwindel“).

Indessen, wie auch einige Politikberater erwähnt haben, kann „es sicher nicht den Königsweg der [universitären] Ausbildung zum Politikberater“¹⁵ geben, auch weil bestimmte Kompetenzen erst am Arbeitsplatz und den dort ausgeübten Funktionen erlernt werden können. Zudem hängt die Gestaltung eines Studiums auch von dem einzelnen Studenten ab, d.h. welche Schwerpunkte werden gewählt, wo werden Praktika absolviert, welche weiteren Kompetenzen erwerben die Studierenden durch Nebenjobs und/oder ehrenamtliches Engagement. Die Gründer und Leiter der untersuchten Studiengänge scheinen die Veränderungen in der Hochschulbildung erkannt zu haben und beginnen passende Studiengänge zu entwickeln. Allerdings gibt es eine gewisse Diskrepanz zwischen Anspruch und Umsetzung: einerseits wollen die Macher dieser Studiengänge zwar auf die neuen Umstände eingehen; andererseits versuchen sie dies zum großen Teil mit herkömmlichen Vorstellungen und Methoden universitärer Bildung. So besteht noch erhebliches Potential für eine umfassendere Reform bzw. Neugestaltung der Studienangebote. Die Dynamiken des Bologna-Prozesses und die Nachfragesituation in der (Außen-)Politikberatung stellen hierfür tendenziell fördernde Entwicklungen dar.

Literaturverzeichnis

Böckenförde, Stephan/Niemann, Arne (2005): Einleitung: Wissenschaftliche (Außen-)Politikberatung in Deutschland, in: Arne Niemann (Hg.), Herausforderungen an die deutsche und europäische Außenpolitik: Analysen und Politikempfehlungen, Dresden: TUDpress, 9-26.

Hochschulkompass (2007): http://www.hochschulkompass.de/kompass/xml/index_stud.htm (27.02.2008).

Kerst, Christian/Heine, Christoph/Wolter, André (2005): Implementation der neuen Studiengänge – Stand und Auswirkungen auf Studierbereitschaft und Studierchancen, in: Frauke Gützkow und Gunter Quaißer (Hg.): Jahrbuch Hochschule gestalten 2005. Denkanstöße zum Bologna-Prozess. Bielefeld, 25-47.

¹⁵ Schattenberg und Steuber 2006, S. 547.

Klewes, Joachim (2006): Akademische Weihen für Politikberater. [http:// www.busch-janser.de/pab_Akademische_Weihen.pdf](http://www.busch-janser.de/pab_Akademische_Weihen.pdf) (15.12.2007).

Neumann, Lothar F. (2002): Wissenschaftliche Beratung der Politik – eine Retrospektive, in: Uwe Jens und Hajo Romahn (Hg.): Der Einfluss der Wissenschaft auf die Politik, 133–141.

Schattenberg, Marc/Steuber, Stefanie (2006) Aus- und Fortbildung für Politikberater, in: Svenja Falk, Dieter Rehfeld, Andrea Römmele und Martin Thunert (Hg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 546-559.

Segbers, Klaus (2006): Politikberatung. Deutsche Außenpolitik, in: Falk, Svenja, Rehfeld, Dieter, Römmele, Andrea und Martin Thunert (Hg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 523-535.